



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/171 - 28.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-33
Fernschreiber 039 890

Zur Mieterhöhung am ersten August	S. 1
Das Ende der USIA-Läden	S. 3
Das Zwischenspiel in Cethberlin	S. 5
Zweimal Vertriebenen-Fürsorge	S. 6

Schwarzer Tag für 4 1/2 Millionen Mieter

sp - Viereinhalb Millionen Wohnungsinhaber, die zur Miete wohnen, werden den ersten August als schwarzen Tag in ihren Kalender einzeichnen. Für viele von ihnen wird es in diesem Sommer keine Erholungsreise geben. Das Geld, das sie sich für den Urlaub auf die Kante legten, müssen sie für eine erhöhte Miete ausgeben. Denn ab ersten August steht es jedem Hauseigentümer von sogenannten Altbauwohnungen frei, die Miete von 10 bis 30 % zu erhöhen. Das trifft die Schwächsten und Hilfsbedürftigsten, es trifft jene Millionen von Rentnern, Kleinverdienern und Vertriebenen, die sich am wenigsten wehren können.

Sieben verschiedene Mietberechnungen sind möglich: nach § 1 die preisrechtliche zulässige Miete, nach § 3 die vereinbarte Miete, nach § 5 die um 10 % erhöhte Miete, nach § 6 die um weitere 5 oder 10 % erhöhte Miete, nach § 8 die zugelassene Kostenmiete und nach § 10 Abs. 1 die zugelassene Richtsatzmiete. Bei einer Neuvermietung ist sogar eine freie Vereinbarung mit einer Übersteigerung der preisrechtlich vereinbarten Miete um 33 1/3 % erlaubt - eine besonders heimtückische Bestimmung, weil sie den Anreiz gibt, alte Mieter loszuwerden, um mit dem neuen Mieter ein besseres Geschäft machen zu können. Gerade die kinderreichen Familien - wo blüht hier der Minister Würmeling? - werden nun erst recht am Ende der Sohlange stehen, eine Tatsache, die der Wohnungsbauminister Preussker mit der Bemerkung abtat, man müsse es eben hinnehmen, dass für diesen Personenkreis wenig Chancen bestünden, Wohnungen zu erhalten. Für diesen Kreis,

28.7.1955

wie auch für Empfänger mittlerer und kleinerer Einkommen, wird die Suche nach ausreichendem Wohnraum auch in der Zukunft ein wahrer Leidensweg sein. Sie sind im Vergleich zu den kaufkräftigen Schichten in jedem Fall im Nachteil. Das Trostpflasterchen von 13 Millionen DM staatlicher Mietbeihilfe, die jenen zukommen, deren Familieneinkommen 110 Prozent der örtlichen Fürsorgesätze nicht übersteigt, ist noch weniger als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Das von Bundestag und Bundesrat in Einlösung eines leichtfertig gegebenen Wahlversprechens mit den Stimmen der Koalition - nur dem BHE schlug hier das soziale Gewissen - verabschiedete unsoziale Mietengesetz ist der erste größere Schritt einer Auflockerung der Bewirtschaftungsmaßnahmen auf dem Wohnungsmarkt. Weitere Maßnahmen mit dem Ziel, auch für diesen Sektor rein marktwirtschaftliche Grundsätze durchzuführen, sollen schon im nächsten Jahr erfolgen. Das müßte eine soziale Katastrophe ersten Ranges herbeiführen. Noch immer leben in der Bundesrepublik weit über zwei Millionen Familien ohne eigene Wohnung, etwa 1,3 Millionen Mietparteien, die eine Familie bilden wollen, wünschen eine Wohnung, so dass sich selbst bei bescheidener Schätzung ein Gesamtbedarf von mehr als dreieinhalb Millionen Wohnungen ergibt. Trotz einer jährlichen Bauleistung von 500.000 Wohnungen, ergibt sich Jahr für Jahr ein zusätzlicher Bedarf von 250.000 Wohnungen, dessen Befriedigung allein ein Jahrzehnt beanspruchen würde, wenn es bei dem bisherigen Tempo bliebe! Aber kann es bei diesem Tempo bleiben? Schon heute klagt die Bauindustrie über Mangel an Rohstoffen, an Arbeitern, an Produktionsvermögen. Dazu kommt, dass im Zuge der geplanten Aufrüstung der Bundesrepublik ein bedeutender Teil der bisher für den Wohnungsbau eingesetzten Materialien und Arbeitskräfte für Rüstungsvorhaben wie Kasernenbau, Schaffung neuer Industrien u. a. mehr abgezweigt wird. Die Auswirkungen für den zivilen Bereich kann in dieser Stunde wohl niemand übersehen, sicher ist jedoch, dass die Liste der Wohnungssuchenden weit über das erwähnte erste Jahrzehnt hinausreichen wird.

In einem geradezu beschwörenden Ton hat sich Bundeswirtschaftsminister Erhardt dieser Tage an die "Disziplin der Vertragspartner" gewandt, bei Lohnerhöhungen noch auf der Stelle zu treten, um eine Erschütterung des gesamten Preisgefüges zu vermeiden. Leider schwieg die Stimme des Bundeswirtschaftsministers bei den Beratungen über das Mietengesetz. Hier wäre seine Mahnung, nicht sozialen Sprengstoff anzuhäufen, berechtigt gewesen. Die neuen Mieterhöhungen tragen in die Bevölkerung ein Element der Unruhe und der Unrast, sie schaffen gefährliche Verbitterungen, sie widersprechen der Forderung nach sozialer Sicherheit und bringen für Millionen Bundesbürger neue Härten. Die Regierungsmehrheit schlug alle Warnungen der Opposition in den Wind, sie versperrte sich der Möglichkeit, durch gesetzliche Maßnahmen wie Bundesbürgschaften, Zinsverbilligungszuschüsse oder sonstige steuerliche Verbesserungen dem notleidenden Althausbesitz zu helfen, sie wählte den Weg, der die Bürde den Schwächsten unseres Volkes auferlegt.

* * *

- 3 -

Keine exterritorialen Ramschläden mehr!

K.F. Wien

Am Tage des Inkrafttretens des österreichischen Staatsvertrages mußten in der russischen Besatzungszone Österreichs rund 200 Verkaufsläden endgültig schließen. Damit endete ein ebenso seltsames wie unrühmliches Kapitel der sowjetrussischen Besatzungspolitik. Diese 200 Läden, von denen sich etwa die Hälfte in Wien befanden, wurden nämlich in den Jahren nach 1945 als USIA-Detailgeschäfte ins Leben gerufen.

Es handelte sich um Filialen der Konsumvereine der russischen Militärverwaltung, also um Marketender, die aber an die Bevölkerung verkauften. Die Errichtung und Führung dieser Detailhandelsgeschäfte war völkerrechtlich ein Kuriosum: Eine Militärmacht besetzt ein besiegtes Land - ob zum Zwecke der "Befreiung", der demokratischen Erziehung der Bevölkerung oder zur Eroberung, sei hier weiter nicht erörtert - und installiert sich nach und nach als Ramschwarenhändler, und zwar unter völliger Mißachtung aller handelsrechtlichen und sanitätsbehördlichen Bestimmungen. Dass eine siegreiche Militärmacht Demontagen und Requirierungen vornimmt, die Landeswährung entwertet und Fabriken beschlagnahmt und was sonst noch alles zu den Kriegsfolgen gehört, ist gewiß nicht ungewöhnlich. Dass sie sich aber auch dazu anschickt, stinkende Heringe, Schnapsfusel und sonstigen Ramsch in eigens dafür geschaffenen Läden verkaufen zu lassen, steht im gegebenen Fall in krassem Widerspruch zur tönenden Propaganda, mit der die Ideologie der kommunistischen Weltbeglückung verkündet wurde.

Auf den Firmenschildern der USIA-Geschäfte stand gewöhnlich nur die Bezeichnung "Kaufhaus" oder "Verkaufsmagazin" beziehungsweise ein Abkürzungswort wie "Bewa" oder "Tewa". Die Geschäftslokale selbst waren mit wenigen Ausnahmen sehr klein und außen wie innen unvorstellbar schäbig und schmutzig. Die Einrichtung war ziemlich dürftig und das Warensortiment bestand aus größtenteils minderwertigen Produkten aller Art. Etwa die Hälfte der feilgebotenen Waren bestand aus Lebensmitteln und Zigaretten, ungefähr ein Viertel aus Textilien und Teppichen und der Rest aus Radioapparaten, Photoapparaten, Fahrrädern usw. Vielfach handelte es sich auch um ausgesprochene Ladenhüter wie zum Beispiel Magermilch in Dosen oder verrostete Konservendosen aus der Kriegszeit mit französischer Fleischpastete.

Alle diese Geschäfte waren exterritorial, arbeiteten ohne jede Gewerbeberechtigung und führten an den österreichischen Staat weder Steuern noch Zölle ab. Der Schaden, den sie der österreichischen Volkswirtschaft zugefügt haben, wird auf mindestens 5 Milliarden Schilling geschätzt. Die Bekämpfung der USIA-Läden blieb angesichts der Besatzungsmacht erfolglos.

Auf Grund der großangelegten Steuer- und Zollhinterziehungen konnten die USIA-Läden natürlich billiger verkaufen. Die Vorbilligung gegenüber den Warenpreisen in normalen Geschäften betrug im Durchschnitt schätzungsweise 25 Prozent. Die Waren stammten zum Teil aus österreichischen USIA-Betrieben, zum Teil auch aus den volksdemokratischen Ländern und aus der deutschen Ostzone. Erst kürzlich schanzten sogar österreichische Zuckerfabrikanten den USIA-Läden billigeren Zucker zu, wobei zur Tarnung die Lieferung auf dem Umweg über eine tschechoslowakische Grenzstadt erfolgte.

Obwohl die Waren oft recht unappetitlich gelagert waren und von der Gesundheitsbehörde nicht kontrolliert werden konnten, fanden sie in jenen Kreisen der Bevölkerung reichlich Absatz, denen, wie man sagt, vor nichts graust. Die relativ niedrigen Verkaufspreise lockten viele solcher Käufer an, so dass die Umsätze beachtlich hoch waren. Den österreichischen Händlern in der Umgebung solcher Läden wurde auf diese Weise durch viele Jahre hindurch schwerer Schaden zugefügt. Noch kurz vor der Schließung erzielten die USIA-Läden durch ihren Ausverkauf zu Rabattpreisen neuerdings Millionenumsätze.

Vor einigen Jahren hatte man versucht, einige größere USIA-Geschäfte auch nachts offenzuhalten, sich also um die österreichischen Ladenschlußzeiten ebensowenig zu kümmern wie um andere gesetzliche Bestimmungen. Das brachte die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre der Privatangestellten einigermassen in Verlegenheit, denn sie mußten, zusammen mit den sozialistischen Gewerkschaftern, bei den Russen dagegen Vorstellungen erheben, obgleich in der kommunistischen Presse diese Neueinführung als großartige Errungenschaft gepriesen wurde. Die Kommunistische Partei verdankte den USIA-Läden einen großen Teil ihrer Einkünfte. Von jeder Flasche Schnaps, die verkauft wurde, erhielt die KPÖ einen gewissen Anteil am Erlös, ebenso natürlich bei zahlreichen anderen Waren. Das hat den Kommunisten unter anderem ermöglicht, in Wien den Bau eines riesigen Druckereigebäudes in Angriff zu nehmen. Die Übergabe der USIA-Betriebe und die Liquidierung der USIA-Läden bringen nun die Kommunistische Partei Österreichs in eine schwierige finanzielle Lage.

28.7.1955

Chruschtschews Pankower Epilog

E.Z., Berlin

Was von sowjetischer Seite in Genf mit einer gewissen Reserve dargelegt worden war, weil die Taktik diese Zurückhaltung gebot, wurde in Ostberlin von dem ersten Sekretär der KPdSU Chruschtschew drei Tage nach dem offiziellen Konferenz-Abschluß präzisiert. Aus der Genfer Erklärung Bulganins, nach sowjetischer Ansicht sei die Zeit für die Wiedervereinigung Deutschlands noch nicht reif, wurde aus dem Munde des Moskauer ZK-Sekretärs die Feststellung, die Sowjetunion werde keiner Lösung der deutschen Frage zustimmen, die gegen die Interessen der DDR gerichtet sei.

Die in den Genfer Direktiven der Großen Vier an die kommende Außenministerkonferenz niedergelegte Weisung, bei den Verhandlungen über die deutsche Frage gegebenenfalls auch andere interessierte Parteien einzuzuziehen, wobei dieser auf sowjetischen Wunsch eingefügte Passus eine Einschaltung der Pankower und Bonner Regierung meinte, wurde von Chruschtschew in seiner Ostberliner Rede demonstrativ dahin erweitert, dass es nach Ansicht der Sowjets "am besten wäre, wenn die deutsche Frage die Deutschen selbst lösen würden."

Die von dem Moskauer ersten Parteisekretär aufgezeigten Positionen sind zum Startzeichen für eine umfassendere Aktivierung der Pankower Deutschlandpolitik geworden, die in dem altbekannten Ruf "Deutsche an einen Tisch" besteht. Grotewohl ließ es sich nicht nehmen, diese "Neubelebung des alten SED-Kurses" an der Seite Chruschtschews und Bulganins offiziell zu verkünden. In seiner kurzen Rede beschwor er 31 Mal (!) die innerdeutsche "Verständigung" als einzigen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und kündigte als ersten Schritt für die nächsten Tage neue Angebote der sog. "Volkskammer" an. Die richtige Perspektive dieser Angebote gewinnt man, wenn man sich erinnert, dass trotz dieser angeblichen Verständigungsbereitschaft Vorschläge des Westberliner Senats zur Bereinigung technischer Schwierigkeiten zwischen den beiden Teilen Berlins von der Ostberliner Verwaltung glatt abgelehnt werden mußten.

28.7.1955

Das Schauspiel des höchsten sowjetischen Besuchs in Pankow, der theatralisch geschickt in Szene gesetzten Besuche der Moskauer Spitzenfunktionäre in Zonenstädten und Dörfern mit ihren vielen Unterhaltungen mit Männern aus dem Volke, haben offensichtlich im grossen Zusammenhang der Deutschlandpolitik des Kreml eine doppelte Aufgabe. Die "Heerschau des geschlossenen Willens der Werktätigen" der Zone, von den Pankower SPD-Regisseuren nach dem berühmten Muster der Hitler-Reisen durch Deutschland raffiniert arrangiert, sollte den Sowjets gegenüber ihren Partnern von Genf nachträglich als Beweis dafür dienen, dass die Sowjetzonenbevölkerung voll die Kreml-Politik unterstützt.

Darüberhinaus aber diene der Besuch in Pankow dem Versuch, dem SED-Regime selbst noch einmal den Rücken zu stärken, das in den letzten Wochen in weiten Kreisen seiner Funktionäre erhebliche Zweifel an der Beibehaltung der alten aussenpolitischen Linie des Kreml feststellen musste. Das "Neue Deutschland" vom 27. Juli bestätigte nachträglich diese tiefe Besorgnis der SED, wenn es schrieb, "der Besuch unser r Freunde ist ein beglückender Beweis, dass wir nicht allein stehen und dass die DDR, wie immer und mehr denn je, im Kampf um ein geeintes demokratisches Deutschland auf die unbedingte Unterstützung der Sowjetunion rechnen kann".

Der sowjetische Besuch in Pankow zeigt, dass sich - wenigstens nach aussen hin - Moskau weitgehend mit der Pankower Deutschlandpolitik identifiziert. Ob diese Haltung einem unveräusserlichen Grundsatz entspricht oder vornehmlich taktisch bedingt ist, um die Statthalter in der Zone zu beruhigen, kann nicht ohne weiteres entschieden werden. Immerhin war interessant, dass in Ostberlin niemals der Regierungschef Bulganin, sondern immer nur der Parteimann Chruschtschow das Wort ergriff.

+ + +

Heiratsvermittlung durch Gesetz

Kj. Sichtbarster Ausdruck einer klugen Innenpolitik ist und bleibt eine vernünftige, den Interessen aller Bürger im Staats Rechnung tragende Sozialgesetzgebung. Das ist eine einfache, fast selbstverständliche Erkenntnis - wenn auch aus ihr selten genug die notwendigen und auch möglichen Folgerungen gezogen werden. Eine in dieser Hinsicht erfreuliche Ausnahme stellt das sogenannte Flüchtlingsandienungsgesetz dar, das tausenden von Flüchtlingsbauern in Westdeutschland eine neue Heimat gegeben hat. Darüber kann man sich jetzt ein Bild machen.

Mit diesem Gesetz wird der Tatsache Rechnung getragen, dass eine grosse Zahl westdeutscher Bäuerinnen, deren Männer, Väter oder Söhne aus dem Krieg nicht heimgekehrt sind, ihre Höfe nicht auf die Dauer alleine oder mit Landarbeitern beschäftigen wollen. Nun hat zwar inzwischen der

eine oder andere Flüchtlingsbauer auch ohne Ansiedlungsgesetz in eine Wirtschaft hineingeheiratet. Die meisten Bauerntöchter aber geben - wie könnte es auch anders sein? - dem Manne den Vorzug, der schon einen Hof besitzt oder doch wenigstens einmal einen erben wird.

Das erwähnte Gesetz gibt nun den Flüchtlingsbauern eine Chance, macht sie sozusagen heirats- und wettbewerbsfähig: und zwar durch eine fünfjährige Steuerbefreiung für den Fall, dass eine eingessessene Bauerntochter einen landlosen Neubürger ehelicht.

Die Statistik verbucht guten Erfolg. Nicht weniger als rund 20 000 erbberechtigte Mädchen vom Lande haben seit der Inkraftsetzung des Gesetzes Söhne aus Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien geheiratet. Gewiss sollte man nicht sagen, unsere Bäuerinnen im Lande machte eine simple Steuervorgünstigung vor Liebe glühen - ehelfördernd aber hat das Gesetz zweifellos gewirkt. So weit - so gut. Niemand aber wird im Ernst glauben, dass damit das Problem gelöst sei. Immerhin wurden im Januar 1955 in der Bundesrepublik fast 100000 Erwerbslose in den Landwirtschaftsberufen gezählt. Davon sind die Hälfte Flüchtlinge und Vertriebene. Viel bleibt also zu tun übrig - vor allem durch Aufbesserung der Lohndarbeiterlöhne - mit Abstand die niedrigsten überhaupt.

+ + +

Beispiel aus Bremen

Kj. Die Besucher aus der Zone merken bei uns in der Regel nicht allzuviel von der "fürsorglichen Betreuung", die gelegentlich hier und da mit viel Wortaufwand gefordert wird. Die Paketspenden an den Bahnhöfen sind fortgefallen, der Plan einer Rückreise bis zur Grenze auf Staatskosten ist nicht realisiert worden - kurz: die Interzonenreise ist ein "Privatvergnügen" geblieben.

Diese bleierne Gleichgültigkeit haben jetzt die Bremer mit eiser-nem nachahmenswerten Beispiel durchstossen: Für die Besucher aus der Zone hat die Stadt den Ratsstubenbau am Marktplatz zur Verfügung gestellt, der zur Zeit zu einem regelrechten Gästehaus ausgebaut wird. Lesezimmer werden eingerichtet, Räume für Schach- und Gesellschaftsspiele und Tischtennis. Im Restaurant werden zu niedrigen Preisen Bohnenkaffe und andere Dinge verkauft, die drüben für den Normalverdienenden unerschwinglich sind. Man überlegt sich ausserdem, wie man es einrichten kann, den Besuchern Ausgaben in Westgeld, soweit nur irgend möglich, zu ersparen.

Initiator ist die "Bruderkhilfe Bremen", die nicht mit staatlichen Mitteln arbeitet, sondern mit privaten Spenden. Sie hat es fertig bekommen, in den letzten zwei Jahren über 200 000 Pakete an notleidende Familien in der Zone zu versenden.

Sollte das nicht, was in Bremen möglich ist, auch in anderen Städten der Bundesrepublik möglich werden? Es wäre doch eine überzeugende Tat deutscher Verbundenheit, wenn sich Gästehäuser solcher Art in allen grösseren Städten auftun würden. Es mangelt an Geld? Vielleicht mehr an Interesse und an Initiative!

+ + +

Verantwortlich: Peter Raurau